X4512

Die Kommunisten auf dem Stimmenfang!

Die Irreführung der Arbeiter und Bauern durch Propagierung des „heroischen Beispiels der Sowjet-Union“

Sonderausgabe der Sozialdemokr. Partei-Korrespondenz.
antwortlich: R. Hauschildt, Berlin. Druck: Gerisch & Cie., Ludwigshafen a. Rh

Inhalts-Angabe:

Seite

1. „Bolschewismus gegen Faschismus“
Weder Faschismus noch Bolschewismus, sondern Demokratie u. Sozialismus . 5

2. „Gegen die Vernichtung des Mittelstandes“
Wie es in Wirklichkeit um den Mittelstand in Sowjetrußland steht 8

3. „Folgt dem leuchtenden Beispiel der Sowjet-Union“
Warum das deutsche Proletariat dieser kommunistischen Lockung nicht folgen darf 12

4. „Der kommunistische Bauernfang“
Irrsinnige Agrarpolitik der Kommunisten. — Die Bauernpolitik der deutschen Sozialdemokratie 18

1. „Bolschewismus gegen Faschismus"

Weder Faschismus noch Bolschewismus, sondern Demokratie und Sozialismus

Gleich nach der Auflösung des Reichstags veröffentlichte der „Führer" der deutschen Kommunisten Ernst Thälmann in der „Roten Fahne" vom 19. Juli einen Artikel: „Bolschewismus gegen Faschismus", der als Auftakt zum Wahlkampf gedacht war. Die „geistigen Waffen", die von Thälmann geschmiedet wurden, sollen den „Sieg des Bolschewismus" in Deutschland ermöglichen. In der Tat finden wir denselben Ideengang, der im Thälmannschen Aufsatz entwickelt wurde, in dem „Manifest" des Zentralkomitees der KPD. anläßlich der Reichstagsauflösung („R. F." 19. 7. 30).

Faschismus oder Bolschewismus — so steht nach Thälmann die Schicksalsfrage Deutschlands, die zwar „nicht mit einer Reichstagswahl, nicht mit dem Stimmzettel entschieden wird", aber dennoch den Wahlkampf beherrscht. Der Ausgangspunkt dieser Thälmannschen Alternative ist die tiefe wirtschaftliche und politische Krise, die Deutschland jetzt durchmacht. Gibt es eine akute Krise, so gilt es natürlich — damit hat Thälmann Recht —, „irgendeinen Ausweg zu suchen und zu erzwingen". Auf diesem fleißigen Suchen, das übrigens insofern überflüssig ist, als der gesuchte „Ausweg" von den Moskauer Komintern schon längst gefunden und ihrer deutschen Sektion vorgeschrieben ist, kommen Thälmann und das Zentralkomitee der KPD. zu dem Schluß, daß es nur zwei Auswege aus der Krise gäbe: „Faschismus oder Bolschewismus". **Tertium non datur.** Ein dritter Ausweg sei einfach nicht gegeben.

Warum?

Befindet sich Deutschland 1930 etwa in derselben inner- und außenpolitischen Situation, wie Rußland im November 1917 oder Italien im September 1922?

Gibt es in Deutschland heutzutage eine „revolutionäre" oder „gegenrevolutionäre" Situation? Oder beide zusammen? Gerade das letztere scheint die Meinung der Kommunisten zu sein. Das Ausschlaggebende ist nach Thälmann der Zusammenfall der „parlamentarischen Krise der Republik" mit dem Wanken „des ganzen morschen Systems der kapitalistischen Stabilisierung". Das kapitalistische Deutschland mache daher — natürlich mit Hilfe der „Sozialfaschisten", d. h. der Sozialdemokraten — verzweifelte Anstrengungen, „um noch einmal einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu erzwingen". Keine andere als die Koalitionsregierung Hermann Müller habe „die Voraussetzungen für die faschistischen Methoden der Bourgeoisie geschaffen". Nun ist die Schlußfolgerung ganz klar und einfach: dem faschistisch-kapitalistischen Ausweg, der von den „Lakaien der Bourgeoisie", von den Sozialdemokraten geebnet wurde, soll nunmehr der bolschewistische Ausweg als einzig gangbarer gegenübergestellt werden.

Was doch alles der Sieg des Bolschewismus in Deutschland mit sich bringen soll! Thälmann sagt: „Der Sieg des Bolschewismus in Deutschland bedeutet die Enteignung der Banken, der Fabriken, der

Bergwerke, des Großgrundbesitzes. Das bedeutet die Vernichtung der kapitalistischen Antreiberei, die Befreiung des deutschen Volkes aus der Young-Sklaverei — mit einem Worte „die Zerschlagung der Sklavenketten nach dem heroischen Beispiel der befreiten Arbeiter und Bauern der Sowjetunion".

Wir lassen dahingestellt, ob dieser „bolschewistische Ausweg" innerpolitisch gangbar ist, ob der siegreiche Bolschewismus sich nur mit der „Enteignung des Großgrundbesitzes" begnügen oder „nach dem heroischen Beispiel Sowjetrußlands" bald zur Zwangskollektivierung der Bauernschollen schreiten wird. Wir lassen ebenfalls die Frage beiseite, ob es im gelobten Musterland des Bolschewismus freie Arbeiter und Bauern gibt. Nur eines wollen wir wissen:

Wie denken die deutschen Kommunisten „die Befreiung des deutschen Volkes aus der Young-Sklaverei" zu erreichen?

„Nach dem heroischen Beispiel Sowjetrußlands?" Mit der Unterstützung der siegreichen — übrigens im Bürgerkriege und im Fernen Osten — Roten Armee? Das bedeutete neuen Krieg am Rhein nach dem Rezept „Reventlow-Radeks", d. h. nach dem Rezept: Bolschewismus und Faschismus.

Es stünde mit dem Weltfrieden und vor allem mit der deutschen demokratischen Republik wirklich sehr schlecht, wenn es nur eine Alternative: „Faschismus oder Bolschewismus" geben würde. Glücklicherweise gibt es einen dritten Ausweg:

weder Faschismus noch Bolschewismus, sondern Demokratie und Sozialismus.

Dieser dritte Ausweg ist als der einzige Rettungsweg 1928 von neun Millionen sozialdemokratischen Wählern anerkannt und befolgt worden. Am 14. September 1930 werden Millionen Arbeiter und Angestellten, Beamten und Intellektuellen, Bauern und Handwerker, Mittelständler und Kleinrentner wiederum durch ihre Stimmenabgabe für die Sozialdemokratie diesen dritten Ausweg aus der Krise als den allein gangbaren billigen und befolgen.

„Weder Faschismus noch Bolschewismus!" — dies ist die Wahlparole der Sozialdemokratie. Trotz aller Verschiedenheiten ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Ideale, ihrer Phraseologie, ihrer Grundkaders, sind

der Bolschewismus und der Faschismus — beide Kriegserscheinungen — bei weitem nicht wesensfremd und entgegengesetzt,

wie es auf den ersten Blick erscheinen kann. Vielmehr sind es zwei Erscheinungen derselben durch den Krieg und die Inflation entfesselten Elemente.

Die Messerfeindschaft, der Winkelstraßenkrieg, der zwischen den „Nazis" und den „Komis" tobt und herrscht, darf nicht die innerliche psychologisch-politische Wahlverwandtschaft der rivalisierenden Zwillinge vertuschen. Die Bolschewisten und Faschisten bekämpfen zwar einander. Aber zum Teil, weil sie um dieselbe Anhängerschaft, Anhangs-

schichten — um die rabiat gewordenen Spießbürger oder um die sozial entwurzelten Mittelständler, um die ungeschulte nachkriegerische Arbeiterjugend, um die „revolutionären Unorganisierten" und verzweifelten Arbeitslosen — wetteifern.

Faschismus und Bolschewismus sind beide grundsätzliche Feinde der Demokratie, d. h. der Bürgerrechte, der persönlichen Freiheit, der Selbstbetätigung der Arbeiter, der Volksherrschaft.

Das „heroische Beispiel" Sowjetrußlands ist ebenso belehrend und mahnend in dieser Hinsicht wie das Italiens. Die Personifizierung der Parteidiktatur hat in Sowjetrußland die letzte Hülle vom Bolschewismus heruntergerissen. Hier **Stalin**, dort **Mussolini**. Aber hier wie dort ein unbeschränkter Diktator, ein Alleinherrscher, ein Despot. **Hier wie dort Abschaffung der Pressefreiheit, der Volksvertretung, der öffentlichen Kontrolle über die Staatsfinanzen, Wirtschaft, Außenpolitik.** Ist das eine „Rettung", ein „Ausweg" für das deutsche Volk? Vielleicht ist Willi Münzenberg ebenso klug und talentvoll wie Wilhelm II. Aber das deutsche Volk hat Wilhelm II. nicht darum abgesetzt, um sich auf den Hals einen neuen, wenn auch ungekrönten Diktator mit Hakenkreuz oder Sowjetstern auf der Stirn aufzubürden. Das deutsche Volk braucht keinen „Retter", um sich aus der Krise zu helfen:

Weder Hindenburg noch Hugenberg, weder Hitler noch Thälmann!

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit lassen sich nicht durch irgendeinen diktatorischen Handstreich von rechts oder von links lösen. Bombenwerfer, Fememorde, Soldatenspielerei — als Vorspiel zum Bürgerkrieg — können nur die Wirtschaftskrise verschärfen, die Arbeitslosigkeit vergrößern. Darum kümmern sich die Rechts- und Linksradikalen nicht, ihnen geht es um die demagogische Ausnutzung der durch die Krise aufgepeitschten Leidenschaften, um den gewissenlosesten Wählerfang. Eine merkwürdige Aehnlichkeit in der Methode der Wahldemagogie der Faschisten und der Kommunisten ist festzustellen. Je näher der Wahltermin rückt, desto mehr bilden die Ultraradikalen von rechts und von links eine eigenartige

Sprengmischung von Sozialdemagogie und Nationalismus.

Es ist kein Zufall, daß die Nationalsozialisten am Vorabend der Reichstagswahlen ihre **antikapitalistische** und die internationalen Kommunisten ihre **national-patriotische** Einstellung zu betonen suchen. Der Oppositionsführer der Nazis, Dr. Otto **Strasser**, fabelt über „revolutionäre Bekämpfung der Bankokratie, des Kapitalismus und Imperialismus". Gleichzeitig verkündet **Thälmann** den „revolutionären Kampf gegen die Young-Sklaverei".

Weder Faschismus noch Bolschewismus! Denn beide sind, zum Unterschied von der Sozialdemokratie, auf den Krieg als Erlöser eingestellt. **Beide** sind, außenpolitisch gesehen, **Kriegshetzer**, innenpolitisch gesehen **Wegbereiter des Bürgerkrieges. Beide** — wenn auch auf recht verschiedene Weise — dienen objektiv der Bourgeoisie und unterstützen ihre Klassenherrschaft, indem sie die parlamentarische Republik, die die

geeignetste Staatsform für den Aufstieg und den Sieg des Proletariats bildet, unterwühlen, die Arbeiterklasse spalten, den Sozialismus diskreditieren.

Weder Faschismus noch Bolschewismus! Was wollen die Faschisten an die Stelle der demokratischen Republik mit ihren sehr hoch zu schätzenden sozialen Einrichtungen und Entwicklungsmöglichkeiten setzen? Einen „kooperativen Staat" à la Mussolinien, der eine Mischung von mittelalterlichen Standeseinrichtungen mit den bolschewistischen Rätegedanken ist und dabei sowohl die Wirtschaftsentwicklung als auch die freie Selbstbetätigung der Arbeitenden lähmt?

Und was wollen die Bolschewisten an die Stelle der demokratischen Republik in Deutschland setzen? Einen parteifeudalen Sklavenstaat „nach dem heroischen Beispiel Sowjetrußlands", einen angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaat", der tatsächlich auf der Zwangsarbeit der unterdrückten Arbeiter und Bauern errichtet ist?

Die deutsche Arbeiterklasse verwirft beide „Auswege", weil sie keine sind. Das bolschewistische Geschrei vom „Sozialfaschismus" kann sie nicht beirren. Es ist klar, daß die eigentlichen Sozialfaschisten die Kommunisten sind, die marxistisch-sozialistische Phraseologie mit faschistischen Methoden vereinigen. Die politisch geschulte Arbeiterschaft versteht, daß Sozialismus und Demokratie untrennbar und in der Sozialdemokratie verkörpert sind. Daher — weder Faschismus noch Bolschewismus!

2. „Gegen die Vernichtung des Mittelstandes"

Wie es in Wirklichkeit um den Mittelstand in Sowjetrußland steht.

„Es gibt Fagott und Fagott" — lautet das bekannte französische Sprichwort. Es gibt eine mehr oder auch weniger offene Interessenpolitik, wie z. B. bei dem Landbund, bei der Wirtschaftspartei usw. Es gibt auch eine heuchlerische, rein demagogische Interessenpolitik, wenn eine politische Partei aus Wahlgründen sich die ihr eigentlich wesensfremden Interessen zu eigen macht, um den Wählerfang auf eine breitere soziale Basis auszudehnen. Diese zweite verkehrte Art der Interessenpolitik treibt die „klassenreine" Kommunistische Partei Deutschlands in bezug auf den Mittelstand und auf die Bauernschaft.

In dem Wahlmanifest des ZK. der KPD. („Rote Fahne" vom 19. Juli) wird die Losung aufgestellt: „Gegen die vom Monopolkapitalismus betriebene Vernichtung des werktätigen Mittelstandes und der schaffenden Bauern durch Steuerraub, Miet- und Zollwucher!"

Am 24. Juli veröffentlichte die „Rote Fahne" eine spaltenlange Resolution des ZK. der KPD., in der auf dem Wege der „Selbstkritik" darauf hingewiesen wird, daß die Partei

„bisher nicht verstanden hat, die Millionenmassen des Mittelstandes (Handwerker, Geschäftsleute, Händler, freie Berufe u. a. m.), diese Opfer des Monopolkapitalismus, der Young-Ausplünderung und der Krise, für den Kampf gegen das räuberische Finanzkapital an der Seite

des revolutionär kämpfenden Proletariats zu gewinnen. Aus diesem Grunde wurden diese Millionenmassen des Mittelstandes zum großen Teil Opfer der nationalsozialistischen und sozialen Demagogie des Faschismus. Die Partei hat die Pflicht, diese Massen der Werktätigen, deren Lebensinteressen in weitestem Maße mit den Erfolgen und Niederlagen des revolutionären Klassenkampfes verknüpft sind, unter der proletarischen (d. h. kommunistischen) Führung zu sammeln."

In derselben Nummer der „Roten Fahne" wird diese Wahlparole in dem Artikel von Erich Birkenhauer unter der vielsagenden Ueberschrift: „Gewinnt den proletarisierten Mittelstand!" mit Statistiken und programmatischen Erklärungen untermauert. Birkenhauer kommt zu dem Schluß:

„Der Kampf um die verarmten Bürgerschichten muß ein politisch-wirtschaftlicher sein, d. h., wir müssen überall Ernst machen mit der Vertretung der ökonomischen Interessen des pauperisierten Mittelstandes. Der politische Offensiv- und Entlarvungskampf gegen die braune Mordpest, gegen die hakenkreuzlerische Sozialdemagogie und Unternehmerknechte muß erweitert werden zu einer kühnen kompromißlosen Interessenvertretung der verarmten Kleinbürgerschichten".

Richtig ist, daß der notleidende und verarmte, zum Teil proletarisierte Mittelstand oft ein „Opfer der nationalsozialistischen und sozialen Demagogie des Faschismus" wird. Ebenso richtig aber ist, daß sich die KPD. bemüht, den verzweifelten Mittelstand zum Opfer der sozialen und nationalistischen Demagogie („Young-Sklaverei") des Bolschewismus zu machen. Richtig ist weiter, daß die Lebensinteressen der Millionenmassen der Mittelständler mit den Erfolgen und Niederlagen des proletarischen Klassenkampfes verknüpft sind. Es ist aber

nicht richtig, daß gerade die KPD. bereit und fähig ist, „überall Ernst mit der Vertretung der ökonomischen Interessen des pauperisierten Mittelstandes" zu machen.

Die KPD. verheimlicht nicht, daß ihr Hauptziel die gewaltsame Machteroberung zwecks Errichtung ihrer Diktatur und „Sozialisierung" Deutschlands „nach dem heroischen Beispiel der Sowjetunion" ist. „Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion!" Das ist das Leitmotiv aller Wahlmanifeste, Wahlreden, Wahlschriften der Komintern. Wie steht es aber in Wirklichkeit mit der „Vertretung der ökonomischen Interessen des Mittelstandes" in der Sowjetunion"?

Wie steht es mit den Handwerkern, Geschäftsleuten, Händlern, freien Berufen usw. in Sowjetrußland?

In der Zeit des „Kriegskommunismus" 1918 bis 1920 wurde mit allem diesem „alten Kram" einfach Schluß gemacht. Privathandel, Handwerk, freie Berufe — alles bis zur letzten Marktbude, bis zur letzten Schusterwerkstatt, bis zum letzten Zahnarztatelier wurde verstaatlicht, die Märkte wurden geschlossen, der Warenumtausch verboten, die Maschinen und

Werkzeuge enteignet, die freien Berufe auf dem Zwangswege „mobilisiert". Die Zuwiderhandelnden gerieten unter das Beil des Terrors.

Mit der Verkündung der Nep (neue Wirtschaftspolitik) 1921 wurden für den Mittelstand günstigere Bedingungen geschaffen. Zwar blieb die Groß- und Mittelindustrie sowie der Engroshandel in der Hand des Staates, aber die Kleinhändler, die Handwerker, die Geschäftsleute („Nepleute") zum Teil auch die freien Berufe konnten aufatmen, obwohl sie nach wie vor wahlrechtberaubt, rechtlos und einem außerordentlichen Steuerdruck ausgesetzt blieben.

Die Stalinsche „Generallinie", die jetzt rücksichtslos durchgeführt und von den deutschen Kommunisten nachgemacht wird, bedeutet vor allen Dingen die Abschaffung der Nep, d. h. die Beseitigung der Existenzmöglichkeit für den Mittelstand — für Händler, Geschäftsleute, Handwerker, freie Berufe. Die

Zwangskollektivierung wird auch unter den Handwerkern

mit ähnlichem Steuerdruck, Brotkartenentziehung, Rohstoffsperrung und Einschüchterungsmethoden betrieben.

Die dünne Schicht der Geschäftsleute („Nepleute") wurde enteignet und nach Sibirien und Nordrußland verbannt und zum Teil zu den Zwangsarbeiten bei der Holzbeschaffung usw. verwendet. Die Privatunternehmen sind in der Regel geschlossen und enteignet. Der Privathandel ist fast verschwunden oder illegal geworden und damit dem Terror ausgesetzt. Bis zum Frühlingsrückzug Stalins vor der auflehnenden Bauernschaft, der inzwischen eingestellt und durch eine neue Offensive abgelöst wurde, waren sogar die Dorfmärkte geschlossen. In wenigen Jahren soll nach dem „Generalplan" der Sozialisierung das Privatkapital, der Privathandel, das Handwerk vollkommen verdrängt werden. Von den freien Berufen kann in Sowjetrußland überhaupt keine Rede mehr sein. Vor dem Stalinschen Rückzug wurde sogar den Ärzten die Privatpraxis verboten, und es wurden auch die Röntgenkabinetts usw. enteignet.

Wenn die deutschen Kommunisten „überall Ernst mit der Vertretung der ökonomischen Interessen des Mittelstandes" machen wollen, warum verheimlichen sie vor dem deutschen Mittelstand, was sie mit ihm im Siegesfalle „nach dem heroischen Beispiel der Sowjetunion machen" würden?

Warum verheimlichen die unehrlichen Kommunisten, daß die Verpflanzung der Stalinschen „Generallinie" nach Deutschland in erster Linie die Vernichtung, die Entrechtung, zum Teil die Ausrottung des Mittelstandes mit sich bringen wird?

Der kommunistische Wählerfang unter den Mittelständlern wird dadurch noch viel abstoßender, unehrlicher, demagogischer als der nationalsozialistische. Auch die Sozialdemokratie will den Mittelstand in die sozialistische Gesellschaftsordnung eingliedern, aber nicht auf dem Zwangswege, nicht durch Entrechtung, nicht durch Entziehung aller Existenzmöglichkeiten.

In dem Verleumdungsbuch: „21 Monate Hermann-Müller-Regierung" (Seite 437) wird die grundsätzliche „Stellung der Kommunisten zu den Mittelschichten" in vier Punkten formuliert. Der Punkt 2 lautet: „Darlegung der Auswegslosigkeit" der Lage dieser Schichten innerhalb des kapitalistischen Systems und Hinweis auf den einzig möglichen Weg der Rettung ihrer persönlichen Existenz durch das Bündnis mit und allmähliches Aufgehen im revolutionären Proletariat und durch die Teilnahme an seiner sozialistischen Wirtschaft

nach dem Beispiel in Sowjetrußland.

Wir haben bereits gesehen, wie „allmählich" und mit welchen Druck- und Zwangsmitteln das „Aufgehen" der Mittelschichten in Sowjetrußland durchgeführt wird. Was die „Teilnahme" der Mittelständler an der sozialistischen Wirtschaft betrifft, so genügt es darauf hinzuweisen, daß sogar die „soziale Herkunft" von den mittelständlerischen Eltern ein unüberbrückbares Hindernis zur Einstellung in einer Staatsfabrik oder zur Aufnahme in eine technische Hochschule, sogar in eine höhere Schule bildet.

Wie steht es aber mit der Verteidigung der Tagesinteressen des Mittelstandes noch im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung? In demselben „Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion 1928 bis 1930" auf Seite 437 „entlarven" die Kommunisten z. B. die Handwerksnovelle, die der Reichstag in der Sitzung am 6. Februar 1929 mit der Zustimmung der Sozialdemokraten verabschiedete (Siehe „Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie" 1929, S. 63—65). Demgegenüber stellten die Kommunisten sowohl im Ausschuß wie in der Plenarsitzung vom 1. Februar 1929 eine Reihe von Forderungen. Es genügt, den Paragraph 1 dieses demagogischen Programms hier auszuführen:

„1. Bereitstellung von öffentlichen Krediten für das selbständige Handwerk und das kleine Gewerbe im allgemeinen. Daraus sollen Beiträge bis zu 5000 Mark an den einzelnen Handwerker zum niedrigsten Zinssatz langfristig ausgeliehen werden".

Da es nach der letzten Berufszählung 1 614 080 Betriebe gibt, die bis zu 5 Personen beschäftigen, so würde dieser kommunistische Antrag in der praktischen Ausführung das Ergebnis haben, daß selbst, wenn man nur die Hälfte dieser Betriebe unterstützt, für eine Kreditgewährung in der angegebenen Höhe ein Betrag von 4 Milliarden notwendig wäre. Der Abgeordnete Hein, der das kommunistische Mittelstandsprogramm im Reichstag vertrat, forderte Herabsetzung des Zinsfußes für aufgenommene Hypotheken und Personalschuld, Ablösung aller unter ungünstigen Bedingungen aufgenommenen Darlehen mit Hilfe öffentlicher Mittel zum niedrigsten Zinssatz, Auszahlung solcher Darlehen zum vollen Nennwert. Die Handwerkerschulden sollen also vom Reich übernommen und ein Strich durch die Rechnungen gemacht werden. Eine sehr freigebige Hand! Aber bei der Durchführung würde man wohl etwas ins Gedränge kommen. Doch was kümmert das die Kommunisten! Sie fordern weiter vollständige Niederschlagung aller Steuerrückstände und Verbot jeder Pfändung an Inventar oder Hauseigentum.

Mit diesen Forderungen auf dem Boden des kommunistischen Klassenkampfes bekommt die Handwerkerfrage einen ganz eigen-

artigen Anstrich, — besonders wenn man die deutsch-kommunistischen Forderungen mit der sowjetrussischen Praxis in bezug auf die Mittelschichten, vornehmlich die Handwerker, vergleicht. Der Einzelhandwerker wird nämlich in Rußland durch den steigenden Steuer- und Mietdruck, durch die Kreditverweigerung usw., immer mehr zum Aufgeben seines „Unternehmens" oder zum „Aufgehen" in den angeblich „sozialistischen" Kollektivbetrieben gezwungen.

Sehr charakteristisch für den kommunistischen Mittelstandsfang ist „der besonders harte und zähe Kampf", den die kommunistische Fraktion „um das Recht der kleinen Branntweinbrenner" und bäuerlichen „Stoffbesitzer" führte. (Siehe „Handbuch der kommunistischen Fraktion 1928—30" S. 443). Die KPD. rühmt sich, daß sie „als Anwalt dieser kleinen Brenner und „Stoffbesitzer", dieser „zahllosen kleinen Existenzen", in und außerhalb des Parlaments auftrat. „Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion!" Dort gibt es keine kleinen Brenner, sondern ein Brennereimonopol des Sowjetstaates. Trotzki bezeichnete einst den zaristischen Staatshaushalt als den „Aufguß auf den Spiritus". Mit demselben Recht kann man dies in bezug auf das Sowjetbudget sagen. Die Sowjetwodka ist ein Staatsmonopol im „sozialistischen" Paradies, das von keinem „kleinen Brenner" auch nur angetastet werden darf.

So sieht der „Mittelstandsschutz" der Kommunisten aus!

3. „Folgt dem leuchtenden Beispiel der Sowjet-Union!"

Warum das deutsche Proletariat dieser kommunistischen Lockung nicht folgen darf.

In seiner Rede vor den Groß-Berliner kommunistischen Funktionären entwickelte Ulbricht das Wahlprogramm der KPD., das als „Programm der kommenden siegreichen proletarischen Revolution" vor den breitesten Massen weiter entrollt werden müsse. Das Programm ist nach dem russischen Muster zugeschnitten. Natürlich spielt bei diesem Wahlkampf das „Rußland-Beispiel" die Rolle eines verlockenden Köders: **„Seht das leuchtende Beispiel der Sowjetunion, das einzige Land, in dem keine Wirtschaftskrise herrscht, sondern der sozialistische Aufbau siegreich fortschreitet, der Siebenstundentag verwirklicht und die Erwerbslosigkeit überwunden wird!"**

Das Stalinsche „Schwindligwerden von lauter Erfolgen" scheint sich auch der deutschen Kommunisten zu bemächtigen. Nur handelt es sich um „Erfolge", die die deutschen Arbeiter trotz zahlreicher „Rußlanddelegationen" nicht prüfen können. Die russischen Arbeiter, die

hinter der leuchtenden Fassade des „sozialistischen Aufbaues"

rücksichtslos ausgebeutet und unterdrückt werden, haben leider keine Möglichkeit, die Wahrheit über das „Arbeiterparadies" ihren Klassengenossen mitzuteilen. Die in der „Roten Fahne" erscheinenden Arbeiter-

briefe aus verschiedenen Städten Rußlands sind typische Lügenpropaganda engros. Nur in der Hitze des Fraktionskampfes gegen die Abweichler kann ein Wort der Wahrheit über die Lage der Arbeiter im „Arbeiterstaate" in die Sowjetpresse hineinschlüpfen.

Da erfahren wir, daß die weltbefreiende „Pjatiletka" (Fünfjahresplan), die als „leuchtendes Beispiel" für die Sozialisierung Deutschlands dem deutschen Arbeiter rühmend vorgeführt wird, von ihren russischen Klassengenossen, zum Teil sogar Arbeiterkommunisten („Abweichler") als Unheil empfunden und bewertet wird. In den Lyßwa-Werken im Ural gaben laut der „Prawda" vom 17. Juli 1930 viele „Rechtsopportunisten" der KPSU. folgende bemerkenswerten Erklärungen ab: „Es ist hohe Zeit, die Industrialisierung (d. h. die forcierte Industrialisierung nach dem Fünfjahresplan) einzustellen!" — „Nicht zur rechten Zeit hat die Partei mit der Kollektivierung (d. h. Zwangskollektivierung) der Landwirtschaft angefangen!"

Bei der Besprechung der Unterproduktion im Juni um 5 Prozent des Plans ist ein Kommunist Balaschew in der Zellensitzung gegen die Durchführung des Produktionsprogramms aufgetreten.

Über

die Antreibermethoden zur Hebung der Arbeitsproduktivität

(bei sinkendem oder unverändertem Reallohn und bei Produktenmangel) wurde schon in der „Parteikorrespondenz" ausführlich berichtet. „Sozialistischer Wettbewerb", „Stoßbrigadentum", „gesellschaftliches Bugsieren" — das sind bei weitem nicht alle in Sowjetrußland angewendeten Antreibungsmethoden, die oft sogar die kapitalistischen in den Schatten stellen. Aber die Erfindungsgabe des bolschewistischen Antreibers kennt keine Grenze. Bekanntlich bezeichnen die kollektivisierten Bauern die Zwangskolchosen als die Wiederherstellung der Leibeigenschaft. Derselbe Prozeß der Fesselung der Arbeiter an die staatliche Werkstatt geht auch in der Industrie vor sich. Im Kampfe gegen die außerordentliche „Arbeiterfluktuation" (fast 100 Prozent pro Jahr) haben jetzt die Sowjetwirtschaftler, die „roten" Direktoren, ein neues Zwangsmittel erfunden, natürlich unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit und der proletarischen Selbstbetätigung. In dem Tschussowschen Eisenbahnknoten haben die Arbeiter als ob „aus eigener Initiative" beschlossen,

um dem ständigen Arbeiterwechsel Halt zu bieten, schriftliche Verpflichtungen einzugehen, bis zur Durchführung des Fünfjahresplans die Werkstätte nicht zu verlassen.

Der Maschinist **Suworow**, Kommunist und Mitglied des Gewerkschaftsrates der Sowjetunion, ein Gesinnungsgenosse des abgesetzten und reumütigen Gewerkschaftsführers Tomski, trat, laut „Prawda" vom 17. Juli, gegen diese neue Maßnahme auf. Indem er erklärte, daß „dies die Leibeigenschaft ist", kündigte er seine Stelle. Er hat, wie die „Prawda" mitteilt, aus der Eisenbahn „eine Reihe unaufgeklärter Ar-

beiter" mit sich fortgeführt. Natürlich, „aufgeklärte Arbeiter" sind in dem Sowjetstaate diejenigen, die „aus eigener Initiative" das ihnen auferlegte Joch der Sklaverei als „sozialistische Aufbaumethode" billigen und annehmen. In dem Wahlmanifest der KPD. („Rote Fahne" vom 19. Juli) ist zu lesen: „Dort (in der Sowjetunion) ist steigender Reallohn der Arbeiter um 72 Prozent im Rahmen des Fünfjahresplanes". Das ist nicht ohne Absicht so vorsichtig formuliert: „um 72 Prozent im Rahmen des Fünfjahresplanes". Der Fünfjahresplan ist einstweilen Zukunftsmusik.

In der Gegenwart steht es mit dem Reallohn in Rußland — trotz aller Verschönerungsstatistiken, die auf dem bolschewistischen Parteitag in Moskau angeführt wurden, bei weitem nicht ermutigend. In der Parteiversammlung der „Elektrowerke" trat das Zellenmitglied Kurkow mit folgender Erklärung auf: „Die eingeschlagenen Industrialisierungstempos führen das Land zum Verderben. Die Behauptung, daß der Reallohn steigt, ist lauter Geschwätz. Sie wissen gut, daß

unser Arbeiter viel, viel schlimmer als der Arbeiter in Westeuropa lebt".

Wie die „Prawda" mitteilt, wurde der verwegene Kurkow „als Agent des Klassenfeindes" sofort aus der Partei ausgeschlossen!

Nach den letzten offiziellen Angaben („Sa Industrialisaziju" vom 22. Juli) betrug

der durchschnittliche Monatslohn

der 2 187 000 in der Staatsindustrie beschäftigten Arbeiter

im Mai d. J. 76 Rubel 56 Kopeken,

um 0,7 Prozent weniger als im April. Dabei beachte man:

Der russische Rubel wird von der Sowjetunion mit nominell 2,16 Mark bewertet. Also selbst unter dieser günstigsten Annahme ergäbe sich der Monatslohn von nur 165 Mark. Da aber der Reallohn noch nicht 50 Prozent des Nominallohnes beträgt, ergibt sich tatsächlich ein Durchschnittslohn von nur 80 bis 85 Mark monatlich. Kein Wunder, daß Kurkow angesichts dessen ausrief, daß der russische Arbeiter „viel, viel schlechter als der Arbeiter in Westeuropa lebt".

Der durchschnittliche Arbeitslohn für die ersten 8 Monate des laufenden Wirtschaftsjahres ist im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Prozent gestiegen. Aber dies Wachstum des nominellen Arbeitslohnes wird durch die steigende Teuerung entwertet. Nicht umsonst ist die Sowjetpresse gerade in der letzten Zeit von Alarmartikeln über den Stand des Reallohns überfüllt. Die Ernährungskrise bleibt trotz der „märchenhaften" Erfolge der Kollektivierung bestehen. Das Rationierungssystem funktioniert infolge des Produktionsmangels und des Ultrabürokratismus des Genossenschaftsapparates ungemein schlecht. Nach der Feststellung der „Prawda" vom 24. Juli sind

die im Vergleich zu anderen Bevölkerungsschichten privilegierten Arbeiter genötigt, 25 Prozent ihres Bedarfes an landwirtschaft-

lichen Produkten auf dem illegalen Privatmarkt, d. h. zu dreifachen Preisen zu befriedigen.

Das führt natürlich — wie die „Prawda" melancholisch bemerkt — zur Herabsetzung der bereits erzielten Erfolge auf dem „Gebiet der Hebung des Reallohns". Es muß dabei

berücksichtigt werden, daß die Nahrungsmittel laut „Prawda" fast die Hälfte (44 Prozent) des Arbeiterbudgets bilden. Es fehlen Fleisch, Gemüse, Obst, Milch.

„Man muß das Fleisch-, Milch- und Gemüseproblem mit aller Kraftanwendung zu überwinden suchen, — schreibt die „Prawda" — um die erzielten Erfolge auf dem Gebiet des Arbeitslohns zu befestigen.

Das Wahlmanifest der KPD. rühmt das „leuchtende Beispiel" der Sowjetunion: „Dort ist . . . Siebenstundentag, Fünftagewoche, Beseitigung der Erwerbslosigkeit". Dichtung und Wahrheit — dabei mehr Dichtung als Wahrheit — sind in dieser Lobpreisung vereinigt. Der Siebenstundentag ist an sich eine fortschrittliche Idee; die angesichts der beispiellosen Arbeitslosigkeit und der Überrationalisierung auch in Westeuropa von den freien Gewerkschaften vertreten wird. Aber es muß daran erinnert werden, daß der Siebenstundentag in Rußland nicht aus Sorge um die Besserung des Arbeitsschutzes, sondern aus Fraktionsgründen als Manöver Stalins gegen die Trotzkisten einerseits und aus wirtschaftlichen Gründen — wegen des leichteren Übergangs zum Schichtensystem *) und der besseren Ausnutzung der kärglichen technischen Ausrüstung ohne Vorbereitung — plötzlich verkündet wurde, so daß im Zentralkomitee Trotzki, Sinowjew und Kamenew dagegen stimmten.

Auch jetzt umfaßt der Siebenstundentag immer noch nur einen Teil der Arbeitnehmer, nämlich 830 000 oder 33,5 Prozent der Industriearbeiter („Prawda" vom 29. Juni). Außerdem wird er durch die sehr verbreitete Praktik der Überstunden und des „sozialistischen Wettbewerbs" in seiner Wirkung sehr beschränkt.

Der zweite Wahlköder der deutschen Kommunisten ist

die Fünftage-Woche.

Auch diese Reform **) erschien unerwartet und unvorbereitet. Jeder Zweifel an der Zweckmäßigkeit der forcierten Einführung des neuen Systems wurde als „Sabotage", „Schädlingstum" usw. gebrandmarkt, gegen das „die Wut der Massen" zu entfachen ist. Die wirtschaftlichen Erfolge der ununterbrochenen Produktion erwiesen sich bei weitem nicht so ermutigend, wie es am Beginn angenommen wurde. (Produktions-

*) Das Problem der Einführung des Siebenstundentages war zuerst als Nebenerscheinung bei der Einführung des Dreischichtensystems gedacht. (Siehe S. Schwarz: „Das Problem des Siebenstundentages" in der „Gewerkschaftszeitung" 1929, S. 520.

**) Siehe S. Schwarz: „Die ununterbrochene Produktion und die russische Arbeiterschaft" in der „Gewerkschaftszeitung" Nr. 10 vom 8. März 1930.

steigerung um 15 bis 20 Prozent bei alter Ausrüstung erwies sich als eine übertriebene Annahme). Dasselbe gilt für die Versicherungen, daß die Fünftagewoche eine starke Herabsetzung der Arbeitslosenzahl mit sich bringen wird. Die geplante Erweiterung der Belegschaften in den Kontrollzahlen 1929/30 ist dank dem neuen Arbeitsregime kaum viel höher als auf 1 v. H. zu schätzen.

Dagegen sind wahrhaftig verheerend die Auswirkungen der ununterbrochenen Produktion auf die Lebensformen der Arbeiter in Rußland.

Im „Sozialistischen Boten" vom 3. 12. 1929 werden die Sorgen eines Moskauer Arbeiters folgendermaßen geschildert: **Wir leben nicht mehr, sondern verzehren uns bloß. Frau und Kind sehe ich zu Hause nur gelegentlich. . . . Diese Woche habe ich den Ruhetag am Donnerstag, die Frau am Sonnabend, der Junge am Mittwoch. Und was bleibt da von unserem Feiertage übrig" usw.** Der Übergang zu der ununterbrochenen Produktion (die Fünftagewoche umfaßt nach der Feststellung Stalins auf dem Parteitag 1½ Millionen oder 63,4 Prozent der Industriearbeiter) erweist sich unter diesen Umständen als ein schweres Opfer, das die russische Arbeiterklasse auf dem Altar der bolschewistischen Fünfjahrutopie zu bringen hat. Dabei ist die Fünftagewoche nicht das letzte Wort.

Die neueste Parole der russischen Produktionspolitik lautet: möglichst intensive Ausnutzung der maschinellen Ausrüstung der Betriebe durch weitestgehenden Ausbau des **Mehrschichtensystems.** In Verbindung damit wird eifrigste **Propaganda zugunsten der Nachtarbeit** getrieben. In zahlreichen Versammlungen und Konferenzen wird die wirtschaftliche Nützlichkeit und die **gesundheitliche Unschädlichkeit** (!!!) der Nachtarbeit gepredigt („Trud" vom 12. Juli 1930). Jeder Zweifel an der Zweckmäßigkeit und Unschädlichkeit der allgemeinen Nachtarbeit gilt als „opportunistischer Gedankengang", der scharf zurückgewiesen werden muß.*)

Und nun zum dritten Wahlköder der deutschen Kommunisten. „Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion: Dort ist . . . . .

die Beseitigung der Erwerbslosigkeit

erreicht!" Stalin hat auf dem Moskauer Parteitag „festgestellt", daß im Laufe des letzten Jahres die Arbeitslosenzahl um 700 000 gesunken ist. Ein „Arbeiter aus Charkow" teilt seinen deutschen Genossen auf den Spalten der „Roten Fahne" mit (in der Nummer vom 24. Juli), daß es **in der Sowjetunion keine Erwerbslosigkeit** gebe.

Nach den Angaben der offiziellen Gewerkschaftsstatistik („Statistische Rundschau" 1929, Dezember, S. 16) betrug die Zahl allein der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder am 1. April 1926 1 182 000, am 1. April 1927 1 744 000, am 1. April 1928 2 192 000 und am 1. April 1929

*) Siehe das Mitteilungsblatt der Russischen Sozialdemokratie RSD vom 24. Juli 1930. RSD erscheint wöchentlich in Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7/8. Das Mitteilungsblatt, sowie die „Gewerkschaftszeitung" sind die besten und zuverlässigsten Quellen für Angaben über die Lage der russischen Arbeiterklasse.

2 320 000. Nun ist die Arbeitslosigkeit den Kontrollziffern des „Gosplans" zum Trotz auf einmal wie durch ein Wunder verschwunden. In der Tat ist die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten am 1. April 1930 nur um 350 000 oder 16,2 Prozent („Sa Industriealisazija" vom 24. Mai 1930) und die Zahl der Arbeitnehmer in anderen Gewerben kaum um mehr als 700 000 gestiegen. Zusammen stieg also die Zahl der Arbeitnehmer in der Wirtschaft um rund 1 Million. Wohin sind die anderen fast 1½ Millionen Arbeitslosen verschwunden? Diese Frage ist umso angebrachter, als die Bevölkerung Rußlands um 3½ Millionen jährlich zunimmt. Es ist klar, daß die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" nur eine vorübergehende Erscheinung ist.

Trotz der ununterbrochenen Zunahme der Arbeitnehmer (1926/27 um 700 000 oder um 8,6 Prozent, 1927/28 um 504 000 oder um 5,7 Prozent, 1928/29 um 642 000 oder 6,9 Prozent) stieg auch die Zahl der Erwerbslosen (siehe oben) ununterbrochen. Die Aufnahmefähigkeit der verstaatlichten Industrie ist verhältnismäßig gering. Die Verminderung der Arbeitslosenzahl ist nur zum Teil auf die rücksichtslose „Reinigung" der Erwerbslosenlisten und auf die verschärften Registrierungsvorschriften zurückzuführen.

Die Hauptsache der plötzlichen Entleerung der Arbeitsnachweise ist die Stalinsche Agrarrevolution von oben Ebenso wie 1917 die Agrarrevolution von unten die Massendesertierung der in Uniformen gesteckten Bauern aus der Front-Armee verursachten, ist jetzt die Massenabwanderung nach dem flachen Lande durch die Stalinsche Agrarrevolution von oben veranlaßt.

Die aufs engste mit dem Flachlande verbundenen Halbproletarier eilten nach dem Land, um bei der Zwangskollektivierung die Interessen ihrer eigenen bäuerlichen Wirtschaft oder ihrer Verwandtschaft zu verteidigen. Die Übervölkerung, die in Rußland im allgemeinen übergroß ist, wird damit noch ungemein vergrößert.

Die Traktorisierung und Maschinisierung der Landwirtschaft wird unvermeidlich neue Millionen und aber Millionen Bauern „frei" machen und die Rückwanderung in die Städte veranlassen.

Die „Beseitigung der Erwerbslosigkeit" erweist sich also nicht als „Erfolg" des „sozialistischen Aufbaus", sondern als Folge der Zerrüttung und Chaotisierung der Landwirtschaft infolge der Zwangskollektivierung.*)

Das „leuchtende Beispiel der Sowjetunion" als Wahlparole der KPD. ist nur Wahlschwindel.

Es gibt keine Wirtschaftswunder im Osten wie im Westen. Der proletarische Ausweg aus der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise in Deutschland liegt nicht in der Diktatur und Versuchspolitik nach dem teuflischen Beispiel der Sowjetunion",

*) Siehe S. Schwarz: „Keine Arbeitslosigkeit mehr!" — in dem „Soz. Boten" vom 26. Juli 1930.

sondern in der Demokratie und sozialistischen Wirtschaftspolitik, die den Realitäten Rechnung trägt,

und in der Wirtschaftsdemokratie — im Gegensatz zur kapitalistischen Anarchie und zum bolschewistischen Wirtschaftsabsolutismus — als Vorstufe zum Sozialismus.

4. Der kommunistische Bauernfang

Irrsinnige Agrarpolitik der Kommunisten. — Die Bauernpolitik der deutschen Sozialdemokratie.

Die traditionelle Entstellungs- und Fälschungsarbeit der Agrarier und Rechtsradikalen, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, wird in der letzten Zeit durch die

irrsinnige „Agrarpolitik" der Kommunisten

gefördert und unterstützt. Der rechtsradikale, agrar-bürgerliche „Antimarxismus" wirft mit Vorsatz Sozialdemokraten und Kommunisten in einen Topf. Es genügt, ein Gleichniszeichen zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem diktatorischen Bolschewismus zu stellen, um die Sozialdemokratie vor den Augen der Bauernschaft leichter diskreditieren zu können. Deshalb ziehen es die Feinde der Sozialdemokratie gewöhnlich vor, vom „Marxismus", im allgemeinen zu sprechen. So brachte der „Völkische Beobachter" in seiner Nummer vom 23. Januar 1930 einen Aufsatz des preußischen Landtagsabgeordneten **Dr. R. Ley** mit der Überschrift: „Die Enteignung der Bauern: Auf dem Wege der Kollektivwirtschaft". In diesem Entstellungsaufsatz ist u. a. zu lesen:

„Das Ziel aller marxistischen Bauernpolitik ist die **Entwurzelung und Enteignung des gesamten Bauerntums** und die Schaffung bäuerlicher Kollektivwirtschaften — deshalb benutzt dieses marxistische System, das nur vom wurzellosen Proletariat leben kann, und das deshalb nur ein Lebensziel hat, möglichst alle zum Proletariat zu machen, die **Umlegung der bäuerlichen Scholle**, um über die Umpflanzung zum **Umlegen des Bauerntums zu kommen**".

(Ausführlicheres darüber siehe in der „Parteikorrespondenz" 1930 Nr. 4, S. 219). Abgesehen davon, daß sich die Umlegung bei Grundstücken und die Flurbereinigung gerade im Interesse der Klein- und Mittelbauern günstig auswirken würde, ist im oben angeführten Aufsatz von Dr. Ley die **absichtliche Entstellung der sozialdemokratischen Stellungnahme** zur Frage des Bauerneigentums zu unterstreichen, die mit Vorsatz mit der **kommunistischen Einstellung** verwechselt wird.

Die Sozialdemokratie plant keine Enteignung des bürgerlichen Einzelbetriebs und des bäuerlichen Arbeitseigentums, keine Zwangskollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaft.

„Weit entfernt davon, — so heißt es im Kieler Agrarprogramm der **deutschen Sozialdemokratie** —, den Bauer von seiner Scholle verdrängen oder sein Eigentum konfiszieren zu wollen, sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte.

Ihr Kampf gilt dem Herreneigentum des Großgrundbesitzes, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern und Landarbeiter." Keine Rede also von einer Zwangskollektivierung, von einer Enteignung, von jenen terroristischen Methoden des Hineinjagens der Bauern in die Kollektivbetriebe, die der angeblich „kommunistischen" Agrarpolitik des Bolschewismus zu eigen sind.

Das **Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie** sagt dasselbe wie das Kieler Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Die **Sozialistische Internationale** hat in ihrem „Aufruf an die Arbeiter Rußlands", der auf der Plenarsitzung der Exekutive vom 11. Mai dieses Jahres in Berlin verfaßt wurde, die bolschewistischen Zwangsmethoden der Kollektivierung der Bauernwirtschaften ebenfalls verurteilt.

Das alles aber hindert die Agrarier und die reaktionäre Bourgeoisie nicht, das Stalinsche Experiment der Zwangskollektivierung absichtlich auszunutzen, um die deutsche Bauernschaft gegen die Sozialdemokratie aufzubringen und dadurch die geschichtlich gereifte und notwendige Trennung der Klein- und Mittelbauern von dem Großgrundbesitz zu vereiteln.

So führt der Export der bolschewistischen „Ideen" auch auf dem Gebiet der Agrarpolitik nicht zur „Entfesselung der sozialen Revolution", sondern zur Konsolidierung der junkerlichen und bürgerlichen Reaktion und zum

Abstoßen der Bauernschaft vom Proletariat und vom Sozialismus.

Bereits auf dem durch die Kommunisten in Berlin arrangierten **„Europäischen Bauernkongreß"** wurde die soeben zusammengebrochene Agrarpolitik Stalins als die einzige Lösung der Agrarkrise in Westeuropa, als der einzige Rettungsweg für die westeuropäische Bauernschaft, als das beste Bündnismittel zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, mit einem Worte als das Vorbild der sozialistischen Agrarpolitik hingestellt. Bald darauf erklärte im Deutschen Reichstag (Sitzung vom 11. April) der kommunistische Abgeordnete **Hörnle** mit Berufung auf den oben genannten „Europäischen Bauernkongreß", daß „nur die Sozialisierung **wie jetzt in Sowjetrußland** den deutschen Bauern helfen kann" („Vorwärts" vom 12. April 1930). In ihrem Verleumdungs-Handbuch unter dem Titel „21 Monate Hermann-Müller-Regierung" formuliert die kommunistische Reichstagsfraktion „die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zur Agrarkrise" (S. 413). Der 5. Absatz lautet:

„Die Notwendigkeit des Bündnisses der arbeitenden Bauernschaft **mit dem revolutionären Proletariat** im Kampf um ihre gemeinsamen Tagesforderungen unter der Führung der KPD. zur Herbeiführung der revolutionären Lösung der Krise durch die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Industrialisierung der Landwirtschaft **nach dem Beispiel und im Bündnis mit der Sowjetunion**".

In seinem „Manifest zur Reichstagsauflösung" („Rote Fahne" vom 19. Juli) nennt das ZK. der KPD. als einzigen „Ausweg aus der Kata-

strophe" die „Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einem freien sozialistischen Deutschland".

„Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion: Dort herrscht keine Industrie- und Agrarkrise des Kapitalismus. . . . Dort ist der wachsende Wohlstand der werktätigen Bauern durch die Kollektivierung der Landwirtschaft". . .

„Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion!". Dieser Versuch, die bankerotte Stalinsche Agrarpolitik nach Deutschland zu verpflanzen und als Köder zum Bauernfang auszunutzen, ist Unsinn. Nach der Auswanderung der deutschen Kolonisten aus dem gelobten „Arbeiter- und Bauernland" wird kaum ein einziger deutscher Bauer der kommunistischen Agrardemagogie zum Opfer fallen. Umsonst versuchte die kommunistische Reichstagsfraktion in einer Interpellation vom 2. Dezember 1929, die ausgewanderten deutschen Kolonisten als konterrevolutionäre Kulaken hinzustellen.

„Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion!" Zwar gibt es dort keine Bourgois- und Agrarherrschaft, aber es gibt auch

keine Herrschaft der Arbeiter u. Bauern in einem freien sozialistischen Staat.

Auch nach der Sowjetverfassung, die übrigens nur eine Scheinverfassung ist, die die bolschewistische Parteidiktatur verhüllt, haben

die Bauern weder das direkte und geheime, noch das gleiche Stimmrecht.

Eine Bauernstimme gilt dem Gesetz nach um 3- bis 5mal weniger als eine Arbeiterstimme. Praktisch kommt die hundertmillionenköpfige russische Bauernschaft überhaupt zu keiner politischen Geltung — nicht zu sprechen von einer „Herrschaft" oder Mitherrschaft der Bauern „im freien sozialistischen Staate". Der Sowjetstaat ist weder ein freier noch ein sozialistischer Staat.

„Seht hin — in die Sowjetunion!" — Herrscht dort aber wirklich „keine Agrarkrise"? Ist dort wirklich „der wachsende Wohlstand der werktätigen Bauern durch die Kollektivierung festzustellen?" Das Gegenteil ist der Fall. „Keine Agrarkrise" — und Brot-, Milch-, Eier-, Grützebücher! „Keine Agrarkrise" — und katastrophaler Fleisch-, Gemüse- und Obstmangel! „Keine Agrarkrise" — und Getreidebereitstellungskampagne, die einem Bürgerkrieg gegen die Bauernschaft ähnlich ist!

Die akute Agrarkrise in der Sowjetunion kann nicht dadurch aus der Welt geschafft oder verschleiert werden, daß aus dem verhungerten Lande wiederum Getreide zu Schleuderpreisen nach dem Auslande ausgeführt wird, um die fehlende Valuta zur Bezahlung der Importwaren herbeizuschaffen. Während ein Pfund des Weizenmehls in Kiew 70 Kopeken kostet, wird der russische Roggen in Hamburg mit 70 Kopeken pro Pud verkauft! Nach dem bekannten Liverpooler Getreideblatt „Broomhals Corn Trade News" wurden allein vom 6. Februar bis zum 5. Juni 1930 aus der Sowjetunion insgesamt 145 000 Tonnen, d. h. zirka 9 Millionen

Pud Weizen und zirka 100 000 Tonnen, d. h. zirka 6 000 000 Pud Roggen verladen. (Siehe „Der Sozialistische Bote" vom 25. Juli 1930).

Die Kommunisten predigen frevlerisch die Stalinsche Agrarpolitik als den einzigen Ausweg aus der deutschen Agrarkrise. Dabei lassen die pretenziösen Ultra-Marxisten, richtiger Pseudo-Marxisten, die

Grundverschiedenheit der wirtschaftl. und sozialen Verhältnisse in Deutschland und in Rußland

außer acht, sowie die verschiedenen Ursachen der deutschen und der Weltkrise der Landwirtschaft, die durch die Überproduktion und Absatzverminderung veranlaßt sind, und der russischen Agrarkrise, die durch die Unterproduktion verursacht ist. Sogar die bolschewistische Opposition in Rußland stellt fest, daß

> die Stalinsche Politik der blitzartigen Zwangskollektivierung zur Degradation der Landwirtschaft, zum Chaos auf dem flachen Lande, zur katastrophalen Viehschlachtung geführt

hat. (Ausführliches darüber siehe in der „Parteikorrespondenz" 1930 Nr. 4, 6 und 7).

Der Viehstand in der Sowjetunion in Millionen:

	1916	1929	1930
Pferde	35,1	34,0	31,1
Rindvieh	58,9	68,1	52,5
Schafe und Ziegen	115,2	147,2	100,3
Schweine	20,3	20,9	12,2

Aus dieser Zusammenstellung, die in dem offiziellen Sowjetblatt „Ekon. Schisn" vom 13. Juni 1930 veröffentlicht und von Stalin auf dem Parteitag angeführt wurde, tritt „der wachsende Wohlstand der werktätigen Bauern durch die Kollektivierung der Landwirtschaft" besonders grell zum Vorschein!

Nur verblendete Fanatiker oder die deutschen Landsknechte Moskaus können angesichts dieser Zahlen erklären, die deutsche bäuerliche Landwirtschaft sei „nach dem Beispiel und im Bündnis mit der Sowjetunion" zu heben. Kein anderer als der russische Volkskommissar für Landwirtschaft, Jakowlew, der auf dem Parteitag die „märchenhaften Erfolge" der Kollektivierung pries, hat vor kurzem noch, am Vorabend der Stalinschen Blitzkollektivierung, in seinem Werk: „Zur Frage der sozialistischen Umstellung der Landwirtschaft" geschrieben:

„Die Kollektivbetriebe und Kommunen sind — und werden noch lange bleiben

nur kleine Inseln im Meere der Bauernwirtschaften

denn die notwendige Voraussetzung ihrer Lebensfähigkeit ist ein ungeheurer Aufstieg der Kultur".

War diese Voraussetzung aber vorhanden, als am Ende 1929 — Anfang 1930 derselbe Jakowlew nach dem Befehl Stalins die Zwangskollektivierung in einem Aktenzuge durchzuführen suchte?

Indem die deutschen Kommunisten die Stalinsche Agrarpolitik für Deutschland predigen, begehen sie

zwiefachen Schwindel.

Erstens verschweigen sie, daß die Kollektivierung in Sowjetrußland eine Zwangskollektivierung ist. Nur nach dem erzwungenen Rückzug Stalins vor der auflehnenden Bauernherrschaft wurde „der Grundsatz der Freiwilligkeit" beim Eintritt in die Kolchosen verkündet, obwohl es sich dabei um ein rein heuchlerisches Manöver handelt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Einzelbauern in die Unmöglichkeit versetzt werden, ihre Ländereien zu bewirtschaften, und daß die „freiwillige" Kollektivierung aller Bauernwirtschaften nach dem Beschluß des 16. Parteitages am Ende 1932/33 in ganz Rußland unbedingt vollendet sein muß.

Zweitens verheimlichen die deutschen Nachahmer Stalins, daß die Kolchosen keine freien, selbstverwaltenden Genossenschaften sind, sondern Zwangsvereinigungen der Bauern unter der Führung und Kontrolle des Sowjetstabes, praktisch, der herrschenden Partei.

Es handelt sich um die Ausdehnung des Staatskapitalismus auf dem flachen Lande, um die Verwandlung der Kollektivbetriebe in Staatsgüter, um die Verwandlung der Bauern in proletarisierte Landarbeiter des Sowjetstaates. Es genügt darauf hinzuweisen, daß nach dem soeben erschienenen Dekret der Sowjetregierung, die „freien" Kollektivbetriebe verpflichtet sind, ¼ bis ⅓ der kommenden Ernte dem Staate zu festen Spottpreisen zu entäußern, und daß die innere Verwaltung, die Arbeitslöhne, die Verteilung der Jahresgewinne in den Kolchosen nach den Vorschriften der Staatsbehörden vor sich gehen müssen.

„Seht hin, ihr Werktätigen, in die Sowjetunion!" — rufen die deutschen Kommunisten pathetisch aus. Sie glauben damit „die Zertrümmerung der faschistischen Diktatur", wie es im Manifest des ZK. der KPD. heißt, zu erreichen. Aber in Wirklichkeit werden entgegengesetzte Resultate durch diese Propaganda der Stalinschen Agrarpolitik unter den Bauern erreicht, nämlich die Verstärkung der faschistischen Tendenzen in der Bauernschaft, die sich in ihrer Existenz, in ihrem Arbeitseigentum bedroht fühlt. Der große Theoretiker des deutschen Kommunismus, Herr Münzenberg, erklärte in der „Roten Fahne" vom 18. Juli, daß die Triebkräfte der faschistisch-bürgerbäuerlichen Lappo-Bewegung in Finnland darin zu suchen sind, daß „die Sowjetunion als Exporteur

von landwirtschaftlichen Produkten und Holz auf den Markt getreten ist". Mag diese Erklärung zum Teil stimmen, obwohl der Schleuder-Export aus der Sowjetunion kein Beweis für das Blühen der zwangsweise kollektivierten Landwirtschaft Rußlands darstellt, so ist die hauptsächlichste Ursache der Lappo-Bewegung doch in der Angst der finnischen Bauern vor der Zwangskollektivierung „nach dem russischen Muster" zu suchen. Die bolschewistische Agrarpolitik der Zwangskollektivierung wird in Finnland durch die faschistischen Kreise mit Vorsatz ausgenutzt, um auf diese Weise die unwissende Bauernschaft in Angst zu versetzen und sie gegen die demokratischen Sozialisten, die in einen Topf mit den Bolschewisten geworfen werden, aufzuhetzen.

Was die Faschisten in Finnland machen, treiben auch die Faschisten u. Agrarier in Deutschland.

Diese demagogische Spekulation der Faschisten auf die Eigentumsinstinkte der Klein- und Mittelbauern wird in dem gegenwärtigen Wahlkampf zum Reichstag besonders stark gehandhabt. Die Kommunisten leisten den Faschisten und Agrariern durch ihre Verherrlichung und Propaganda der Stalinschen Agrarpolitik gute Dienste. Es gilt, das Treiben der Agrarfaschisten und der Bolschewisten zu durchkreuzen und vor allen Dingen jegliche Mißverständnisse in bezug auf das sozialdemokratische Bauernprogramm zu zerstreuen. Mit dem gewissenlosen und demagogischen Bauernfang von rechts und links muß endlich Schluß gemacht werden!

Auch die Sozialdemokratische Partei

wirbt um die Bauernstimmen, aber nicht, um die Not und Leiden der kleinen Bauern zu mißbrauchen, nicht um die Volksherrschaft zu beseitigen, nicht um die Bauerninteressen mit den Bauernstimmen zu vergewaltigen. Als Arbeiterpartei, als Vertreterin der Arbeitsinteressen sucht die Sozialdemokratie alle arbeitenden Klassen von Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien. Auch der Kleinbauer wird in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wirtschaftlich als Steuerzahler, als Schuldner, als Pächter, als Konsument der Industriewaren ausgebeutet. Mit dem Sieg der Sozialdemokratie, mit der Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, mit der Entwicklung des sozialen Staates kann der kleine Bauer nichts verlieren, nur gewinnen. Jede Besserung der Lage der Arbeiterklasse im kapitalistischen Staate bedeutet für die Bauernschaft bessere Absatzmöglichkeiten für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, bessere Aussichten für ihren nach den Industriestädten abwandernden Nachwuchs.

Hat der Arbeiter Geld, so hat auch der Bauer Geld!

Daher die wachsenden Erfolge der Sozialdemokratie auf dem flachen Lande.

Die Sozialdemokratie treibt keinen demagogischen Bauernfang, sondern sie ist ständig und zielbewußt um ein gegenseitig vorteilhaftes Bündnis beider großen Schichten des arbeitenden Volkes, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die eine erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes bilden, bemüht.

Es ist keine eigennützige „Interessenpolitik", wie bei den Agrariern und Großindustriellen, sondern eine Politik der großen Arbeitsinteressen, d. h. der Interessen des gesamten schaffenden Volkes.

Indem die Sozialdemokratie zu den Bauern spricht, braucht sie nicht ihre weltgeschichtlichen, menschheitsbefreienden Ziele zu verheimlichen. Im Gegenteil! Sie bekennt sich offen und stolz zum Sozialismus, als dem Endziel der Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse. Sie kann es umso entschiedener tun, als die Bauernschaft, wie wir einleitend zeigten, weder politisch noch ökonomisch durch die Herrschaft des demokratischen Sozialismus bedroht, vielmehr an dem Sieg der Arbeiterklasse interessiert ist.